

Regierungsratsbeschluss

vom 18. Februar 2003

Nr. 2003/241

Neuregelung des Vernehmlassungsrechts des Bundes (Änderung des RVOG); Stellungnahme

1. Ausgangslage

Mit Schreiben vom 22. Januar 2003 eröffnete die Bundeskanzlei die Vernehmlassung über die Neuregelung des Vernehmlassungsrechts des Bundes (Teilrevision des RVOG). Die Staatskanzlei hat dazu eine Stellungnahme ausgearbeitet; diese wird beraten und beschlossen.

2. Beschluss

Die Stellungnahme des Kantons Solothurn zur Neuregelung des Vernehmlassungsrechts des Bundes (Änderung des RVOG) wird beraten und beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an die Bundeskanzlei

Verteiler

Staatskanzlei (4) Sch, Stu, Ast, Bre)
Regierungsrat
Büro Kantonsrat (11)
Medien (Lie)

